

Die Landesdelegierten tagten ...

Die Baustellen der Berliner Schulpolitik bildeten den Schwerpunkt der Frühjahrs-LDV der GEW BERLIN

von Markus Hanisch und Caroline Muñoz del Rio

So gut besucht hat man die Landesdelegiertenversammlung seit Jahren nicht gesehen. 265 Delegierte trafen sich am 17. April zur Frühjahrs-LDV. Und das bei strahlendem Sonnenschein. Zur hohen Teilnahme dürfte beigetragen haben, dass die LDV nur an einem Tag stattfand, anstatt wie üblich an zweien. Genau diese Entscheidung hatte jedoch zunächst für Gesprächsbedarf gesorgt. Reicht ein Sitzungstag für das wichtigste Beschlussgremium der GEW BERLIN? Wie viel Raum brauchen wir für unsere Diskussionen? Grundsätzliche Fragen zur Kommunikationskultur wurden aufgeworfen. Zumindest für diese Frühjahrs-LDV lässt sich jedoch sagen: Die Zeit war gut eingeteilt. Alle Anträge konnten behandelt und ausgiebig diskutiert werden.

Dabei hatte es bis zum Mittag noch gar nicht danach ausgesehen. Die Ausspra-

che zum Rechenschaftsbericht hatte reichlich Zeit verschlungen. Auch die bbz spielte dabei eine prominente Rolle. Nicht jeder*in Delegierten hat Dieter Haases Standpunkt in der vorletzten Ausgabe gefallen.

Grandioses Wahlergebnis

Auch außerplanmäßige Wahlen standen auf dem Programm. Henrik Piltz, der Leiter des Vorstandsbereich Hochschule und Lehrer*innenbildung, hatte Anfang März wegen der hohen Arbeitsbelastung sein Amt niederlegt. Henrik wurde mit Bedauern und Dank für seine Arbeit verabschiedet. So hatte er sich unter anderem für die Neugründung des lange nicht existierenden Studierendenausschusses (LASS) und die Verhandlung der Hochschulverträge stark gemacht. Alexander Reich, der den Vorstandsbereich mit Henrik im Team geleitet hatte, stellte sich gemeinsam mit Martina Regulin erneut zur Wahl.

Martina hat ihre aktive GEW-Arbeit als

Vorsitzende des Personalrates der Studentischen Beschäftigten der TU Berlin begonnen. Seit längerem ist sie im Leitungsteam der Abteilung Wissenschaft engagiert. Seit 2013 arbeitet sie an der FU im Fachbereich Politik und Sozialwissenschaften und ist dort für die Qualitätssicherung in Studium und Lehre zuständig. Als Leiterin des Vorstandsbereichs wollte sie sich mit der Reform des Berliner Hochschulgesetzes auseinandersetzen und sich um eine bessere Vernetzung der Personalräte an den Hochschulen bemühen, sagte Martina in ihrer Bewerbungsrede. Ihre Kandidatur überzeugte – beide wurden einstimmig ohne Enthaltungen gewählt. Ein spektakuläres Ergebnis! Wir wünschen viel Erfolg!

Was tun für den Gesundheitsschutz

Am Nachmittag wurde es dann inhaltlich. Den ersten Schwerpunkt, dank sechs verschiedener Anträge und Änderungsanträge, bildete der Arbeits- und Gesundheitsschutz. Sven Dudkowiak hatte das Thema gesetzt und argumentierte im Kontext der Schulbauoffensive. Jetzt würden die neuen Schulen gebaut, jetzt sei der Zeitpunkt zu handeln. Dabei gelte es, die Arbeitsbedingungen der Kolleg*innen und die Rahmenbedingungen der Inklusion grundlegend umzugestalten.

Über die Bedeutung des Themas gab es wenig Dissens. Was genau zu tun ist, um die missliche Lage zu verbessern, wurde hingegen unterschiedlich bewertet. Sven Dudkowiak beantragte, den Geschäftsführenden Landesvorstand um einen neu zu schaffenden Vorstandsbereich »Arbeits- und Gesundheitsschutz« zu erweitern. Dagegen argumentierte unter anderem Andreas Kraft, Leiter des Vorstandsbereichs Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit (KiJuSo), eine Aufblähung der Strukturen löse keine Probleme. Zunächst müssten die existierenden Strukturen überprüft und Verbesserungsvorschläge erwogen werden. In diesem Sinne beschloss die LDV die Einrichtung einer AG, die zunächst sowohl eine Bestands- als auch Bedarfsanalyse vorlegen wird – mit dem Ziel, eine Strategie zur Stärkung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zu entwickeln.

DIE GESICHTER DER LDV

Felicia Kompio sitzt das zweite Mal für die Abteilung Wissenschaft in der LDV, weil sie an demokratischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen mitwirken möchte. Sie interessiert sich für die Themen der Beschäftigten an Hochschulen, insbesondere das neue Berliner Hochschulgesetz und möchte mehr über die Hintergründe der GEW-Tarifpolitik erfahren.



Von der Abteilung Berufsbildende Schule ist **Thomas Weiske** zum dritten Mal in die LDV delegiert. Er will, dass Kinder und junge Menschen besser auf die Herausforderungen der Schule und der beruflichen Bildung vorbereitet werden, deswegen setzt er sich für die Aufwertung der Erzieher*innenberufe ein. Dazu gehören für ihn die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Betreuungsqualität im vorschulischen Bereich.



Doreen Pleiner ist seit letztem Jahr für die Abteilung Kinder, Jugend- und Sozialarbeit Mitglied der LDV. Sie möchte hier einen Einblick in die Arbeit der GEW BERLIN bekommen. Was wird alles gemacht? Wie läuft es ab? Kann sie etwas bewirken? Sie interessiert sich insbesondere für die frühe Bildung und Umweltthemen.





Auch Inklusion braucht gute Arbeitsbedingungen

Eine ausführliche Debatte mit vielen Änderungsanträgen entspann sich um den vierseitigen Antrag zur Inklusion, den die Vorstandsbereiche Schule und KiJuSo eingebracht hatten. Nuri Kiefer, der inzwischen zurückgetretene Leiter des Vorstandsbereichs Schule, betonte, es dürfe nicht sein, dass die Inklusion auf dem Rücken der Beschäftigten umgesetzt wird. »Erfolgreiche inklusive Schulen brauchen gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, damit nicht irgendwie Inklusion gemacht wird, sondern die bestmögliche Inklusion«, forderte Nuri. Er machte auf den Widerspruch aufmerksam, dass die Berechnung von Ressourcen aktuell immer noch anhand der Kategorisierung von bestimmten Gruppen stattfände, was gegenläufig zum inklusiven Bildungsverständnis sei. Ryan Plocher erläuterte allerdings anschaulich, vor welche Probleme viele Schulen in Neukölln gestellt seien, die nur eine pauschalisierte Zuweisung an Förderstunden erhielten. Dies habe zur Folge, dass Schulen mit vielen Förderkindern schlechter gestellt seien.

In ihrem Beschluss forderte die LDV, dass die Berechnung der Ressourcen transparent, bedarfsgerecht und nachvollziehbar erfolgen muss. Die Personalressourcen für alle mit Inklusion befassten Fachkräfte müssten deutlich angehoben und die Unterrichtsverpflichtung reduziert werden, heißt es weiter.

Ein zweiter schulpolitischer Beschluss befasste sich mit der Stärkung und dem Ausbau der Gemeinschaftsschulen. Darin fordert die GEW BERLIN die Senatsbildungsverwaltung auf, in Zusammenarbeit mit den Bezirken einen Zeit-Maßnahmenplan zu entwickeln, der zum Ziel hat, dass sich die Anzahl der Gemeinschaftsschulen durch Fusionen und Neugründungen innerhalb von fünf Jahren mindestens verdoppelt.

Vermögenssteuer, Berufsverbot und Feuerwehr

Der Antrag zur »Mehrarbeit an Berliner Schulen« konnte sich mit inhaltlichen Stellungnahmen noch nicht durchsetzen. Auch hier beschloss die LDV zunächst einmal eine Prüfung des Themas auf Relevanz. Zur nächsten LDV ist vom Landesvorstand ein Antrag zu erarbeiten, in dem dargelegt wird, in welchem Maße das Thema eine höhere Bedeutung bekommen soll.

40 Jahre nach dem »Radikalenerlass« beschloss die LDV zudem, dass der Landesvorstand der GEW BERLIN eine Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung der Berufsverbote im West-Berliner Bildungswesen einrichtet, mit dem Ziel der Rehabilitation und Entschädigung von Betroffenen (*mehr dazu siehe Infokasten*).

Beim Dringlichkeitsantrag zu den Protesten der Berliner Feuerwehr über ihre katastrophalen Arbeitsbedingungen (#Berlinbrennt) waren sich alle einig: Die Kol-

AUFARBEITUNG DER BERUFSVERBOTE

Nach dem einstimmigen Beschluss der LDV, die Opfer der Berufsverbote endlich zu rehabilitieren und zu entschädigen, muss die Arbeit schnell aufgenommen werden. Im damaligen West-Berlin gab es viele vom »Radikalenerlass« von 1972 Betroffene; etliche leben nicht mehr, viele sind verzogen. Die Erfassung und Aufarbeitung früherer Fälle duldet daher keinen Aufschub. Deshalb rufen Ewald Leppin und Lore Albrecht zur Gründung einer Arbeitsgruppe auf. Angesprochen sind insbesondere alle Betroffenen und all die, die Betroffene kennen. Doch das Thema geht uns alle an: Dem Bundes-»Radikalenerlass« von 1972 folgten, auch in Westberlin, Ländererlasse, die sich auf einen Passus im öffentlichen Dienstrecht bezogen, der bis heute unverändert gilt. Dass der lokale »Radikalenerlass« in den vergangenen 40 Jahren kaum noch angewendet worden ist, ist keinerlei Garantie dafür, dass er nicht unter veränderten politischen Verhältnissen wieder aus der Mottenkiste hervorgeholt werden und zur Einschüchterung und Disziplinierung von Bewerber*innen für den Öffentlichen Dienst genutzt werden könnte. So wie in Bremen und Niedersachsen muss auch in Berlin der damalige Erlass aufgehoben werden, fordern Leppin und Albrecht.

Interessierte melden sich bei Lore Nareyek, lore.nareyek@web.de oder Lore Albrecht, alwue@gmx.net / 030-3 12 83 97.

leg*innen bei der Feuerwehr haben unsere Solidarität. Wir kennen ihre Probleme.

Zu guter Letzt sprach sich die LDV mit großer Mehrheit dafür aus, den Beschluss des GEW-Hauptvorstandes zur Schaffung einer Finanzierungsbasis für öffentliche Infrastrukturmaßnahmen unter den Bedingungen der Schuldenbremse zu unterstützen. »Das Tabu der Diskussion von Abgaben auf hohe private Vermögen zum Nutzen der Allgemeinheit muss beendet werden«, heißt es im LDV-Beschluss. Bei möglichen Maßnahmen soll es darum gehen, den Privatisierungsdruck zu beseitigen, der aus der Schuldenbremse bei gleichzeitiger Austrocknung der öffentlichen Haushalte zwangsläufig folgt. ■

*Markus Hanisch und
Caroline Muñoz del Rio, bbz-Redaktion*